



**DStGB**  
Deutscher Städte-  
und Gemeindebund  
[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)



# Für ein starkes Deutschland Arbeitsplätze und Wachstum in der Fläche

**Stärkung der Gemeinden und Mittelstädte  
unverzichtbar**

Berlin, im März 2006

# Für ein starkes Deutschland Arbeitsplätze und Wachstum in der Fläche

## Stärkung der Gemeinden und Mittelstädte unverzichtbar

### 1. Zunehmenden Zentralismus und Konzentration auf Metropolen eindämmen

Wer die Wachstumskräfte in Deutschland stärken und damit zugleich mehr Jobs schaffen will, muss in der Fläche ansetzen. Wachsende Regionen sind nicht automatisch die Metropolregionen. Es gibt sogar mehr wachsende ländliche Räume als wachsende Agglomerationsräume, während das Gros der schrumpfenden Regionen verstädterte oder Agglomerationsräume sind.

Eine besondere Bedeutung als Wachstumsvoraussetzung hat die Erreichbarkeit einer Region. Die Infrastruktur in den Regionen muss deshalb erhalten und ausgebaut werden. Angesichts neuer Informations- und Kommunikationstechnologien nehmen zentrale Standorte an Bedeutung ab. Deutschland hat als Flächenland ausgezeichnete Wachstumspotenziale. Die Politik konzentriert sich jedoch noch immer zu sehr auf Großstädte und Metropolen. Sie wird damit dem Lebensgefühl der Bürger, die zunehmend ihre Lebensperspektiven in überschaubaren Strukturen suchen, nicht gerecht.

### 2. Rückbau der Infrastruktur verspielt Wachstumschancen

Regionen und ländliche Räume sind nur attraktiv, wenn sie in ihrer Ausstattung mit der für die Bürger und die Wirtschaft notwendigen Infrastruktur auf

### Regionen geben Deutschland eine Perspektive

Deutschlands Wirtschafts- und Arbeitspotenziale liegen in der Fläche. Fast 70 Prozent der Deutschen leben außerhalb der Großstädte. Von den 3,5 Millionen Betrieben befindet sich der überwiegende Teil in Gemeinden und Mittelstädten in der Fläche. Auch das gesellschaftliche Leben spielt sich in den Regionen ab. Mehr als 75 Prozent aller Gemeinden haben weniger als 5 000 Einwohner. Der überwiegende Teil der 40 000 Schulen, der rund 2 200 Krankenhäuser und der mehr als 5 500 Bahnhöfe befinden sich in der Fläche. Auch Europa ist gemeindlich und mittelständisch geprägt. 60 Prozent der EU-Bevölkerung leben in Städten und Gemeinden unter 50 000 Einwohnern.

In der jüngst durchgeführten, weltweit größten gesellschaftspolitischen Online-Umfrage „Perspektive Deutschland“ legen die Befragten ein überzeugendes Bekenntnis zur lokalen Gestaltbarkeit in ihren Regionen ab. Dies ist ein wichtiges und ermutigendes Signal für das ganze Land: Die Befragten sind sich einig, dass ihr Schicksal in ihren eigenen Händen liegt. Sie glauben, dass Zukunftschancen und Erfolg in ihrer Region durch eigenen Beitrag und Initiative der Entscheidungsträger vor Ort beeinflussbar sind.

dem aktuellen Stand sind. Die für eine wirtschaftliche Ansiedlung erforderliche lokale Infrastruktur speziell im Bereich Schulen, der Bahn- und Straßenerschließung, der verkehrlichen ÖPNV-Angebote, der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens, muss leistungsfähig sein. Moderne Informationstechnologien und gute Bildungseinrichtungen sind Voraussetzungen für positive Potenzialfaktoren. Infrastruktur muss bedarfsgemisst ausgebaut und erhalten werden.

### 3. Die alternde Gesellschaft verlangt nach anderer Infrastruktur

Der alternden Gesellschaft muss durch den Ausbau besonderer Infrastrukturen wie Gesundheitszentren, Begegnungsstätten, Senioren- und Pflegeeinrichtungen gerade in kleineren Städten und Gemeinden Rechnung getragen werden. Insbesondere

ist eine ortsnahe Gesundheitsbetreuung notwendig. Der Anteil an älteren Menschen nimmt zu. Ihre Mobilität ist eingeschränkt. Der Rückgang der Hausärzte in den ländlichen Gebieten (in 2005 standen bereits 600 Arztpraxen leer!) muss gestoppt werden. Dies könnte zum Beispiel durch ein Vergütungssystem geschehen, das den besonderen Aufwand von Landärzten berücksichtigt. Ärzten sollte zudem ermöglicht werden, unbürokratisch weitere Ärzte als Angestellte – auch in Teilzeit – zu beschäftigen.

#### **4. Entwicklung der Infrastruktur in der Fläche muss Kernanliegen politischen Handelns werden**

Die Menschen, die in der Fläche leben, brauchen eine Perspektive. Die infrastrukturellen Rahmenbedingungen müssen daher so verändert werden, dass insbesondere Unternehmen aus den Zukunftsbranchen der Informationstechnik, der Biotechnologie, regenerativen Energieerzeugung, neuen Werkstoffe u.s.w. in die Fläche gehen und dort investieren. Darüber hinaus sind Investitionen in die Bildung unabdingbar.

Gleichzeitig müssen durch massiven Abbau von überflüssiger Bürokratie kommunale Freiräume geschaffen werden. Erforderlich sind angepasste Infrastrukturen statt Großstadtstandards. Die Kommunen kennen die Anforderungen der Wirtschaft und wissen, welche Vorgaben die wirtschaftliche Belebung behindern. Deshalb müssen die Kommunen endlich die erforderlichen Freiräume erhalten, um in Abstimmung mit den Einrichtungen der Wirtschaft auf überflüssige Bürokratie zu verzichten. Vor Ort wissen wir besser welche Regelungen wichtig und erforderlich sind als diejenigen, die auf der Bundesebene die Vorschriften geschaffen haben und sich nur schwer davon trennen können.

#### **5. Finanzausstattung der kleineren Städte und Gemeinden zielgerecht ausgestalten**

Auch die Finanzausstattung muss der Bedeutung der kleineren Städte und Gemeinden für die Menschen und die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland Rechnung tragen. Manche Bundesländer sorgen im kommunalen Finanzausgleich noch immer dafür, dass einer Großstadt mehr Geld pro Einwohner zugewiesen wird als einer kleinen Gemeinde. Dafür gibt es keine Rechtfertigung! Im Gegenteil entstehen gerade in der Fläche wegen der geringeren Siedlungsdichte höhere Kosten etwa beim Schülertransport oder bei der Finanzierung der kommunalen Infrastruktur. Die Finanzausgleiche in den Ländern wirken wie ein Anreiz, die Menschen in die großen Städte zu lenken. Diese Lenkung entspricht nicht dem Bedürfnis der Menschen. Die finanziellen Mittel müssen daher zielgerecht stärker auf die kleineren Städte und Gemeinden ausgerichtet werden.

#### **6. Entwicklungsprogramm ländlicher Raum erforderlich**

Die Förderpolitik des Bundes (Beispiel: Städtebauförderung) konzentriert sich häufig auf Großstädte. Insbesondere ländliche Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte können sich daher mit ihren spezifischen Anforderungen nicht ohne weiteres in die bestehende Förderpolitik einpassen. Die Förderung der Entwick-

lung ländlicher Räume ist immer auch die Förderung von Verbundenheit mit der Region, die Stärkung sozialer Beziehungen und die Förderung von Familie. Die regionale Verankerung von wirtschaftlicher Entwicklung schafft Arbeitsplätze, öffnet die Regionen und hebt kreatives Potenzial.

Die Entwicklung ländlicher Regionen muss integrativ sein. Sie darf sich nicht auf die Förderung der Land- und Forstwirtschaft beschränken, sondern muss auch städtebauliche Probleme in Klein- und Mittelstädten berücksichtigen. Entvölkerung und Leerstand in den Ortskernen beeinträchtigen die Attraktivität der Regionen. Die Förderung der Land- und Forstwirtschaft ist nach übereinstimmender Auffassung aller Beteiligten nur möglich im Rahmen einer Förderung der ländlichen Räume selbst.

#### **7. Folgende acht Maßnahmen sind notwendig:**

1. Die Wirtschaftszweige des Handwerks, des Gewerbes, des Tourismus und der Dienstleistungen beinhalten gerade für die ländlichen Regionen ein sehr hohes und zukunftssträchtiges Innovationspotenzial, das zu fördern und zu entwickeln ist.
2. Alle Teilräume Deutschlands müssen die gleichen Chancen erhalten, eigene Entwicklungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung darf nicht auf die Ballungsräume begrenzt oder auf „Leuchttürme“ konzentriert werden. Wachstumskerne müssen dort gefördert werden, wo sie anzutreffen sind. Die Kreativität aus den Regionen muss genutzt werden, um innovative und nachhaltige Entwicklungen und Produkte zu fördern. Die Städte und Gemeinden müssen in und mit den Regionen mehr Möglichkeiten erhalten, verfügbare Fördermittel für wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage von eigenen Konzepten einzusetzen – ländliche Regionen dürfen nicht auf Ausgleichsfunktionen für Ballungsräume reduziert werden.
3. Eine moderne Kommunikationsinfrastruktur, zu der auch ein Breitbandnetz zählt, ist auch für kleine Gemeinden und die dort angesiedelte Wirtschaft unabdingbarer Standortfaktor. Bund, Länder und die Anbieter von Infrastrukturleistungen müssen dazu beitragen, die bislang aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen unversorgten Gebiete in ländlichen Regionen an das Breitbandnetz anzuschließen oder mit neuen Techniken zu versorgen. Der ländliche Raum darf gegenüber den Ballungsräumen kommunikationstechnisch nicht abfallen, sondern muss Chancengleichheit genießen.
4. Das Netz der Gesundheitsvorsorge, der Krankenhäuser und der Hausärzte muss gestärkt werden. Um insbesondere jungen Ärzten beim

Einstieg in eine freiberufliche Tätigkeit auf dem Land die Aufnahme hoher Kredite zu ersparen und den Beginn der Niederlassung zu erleichtern, können Gesundheitszentren in öffentlicher, aber auch in ärztlicher Trägerschaft, einen wertvollen Beitrag leisten.

5. Die Sicherung der Mobilität für alle Bürger ist und bleibt trotz der vorhandenen PKW-Dichte eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Stilllegung von Bahnverbindungen und die Kürzung des Angebotes an Zugverbindungen stellt daher eine eklatante Fehlentwicklung dar, die insbesondere die ältere Bevölkerungsschicht negativ trifft. Es ist daher unabdingbar, dass die zur Sicherung der Mobilität im ÖPNV notwendige finanzielle Absicherung durch Bundes- und Landesmittel gestärkt wird.
6. Angesichts der Schließung von mehr als 100 Bundeswehrstandorten, die sich überwiegend in der Fläche befinden, muss der Bund sich an der Förderung der von den Standortschließungen betroffenen Gemeinden maßgeblich beteiligen. Ohne zusätzliche Mittel wird der Strukturwandel in vielen betroffenen Kommunen nicht gelingen. Die „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ muss zu einem allgemeinen Instrument der regionalen Wirtschafts-

förderung umgebaut werden; es muss zur Stärkung regionaler Wirtschaft mitgenutzt werden, um auch Maßnahmen der Konversion zu finanzieren.

7. Die Kommunen müssen die Möglichkeit haben, die europäische Strukturpolitik stärker mitzugestalten. Sie brauchen mehr Einflussmöglichkeiten hinsichtlich der Verteilung von Fördermitteln und -maßnahmen, da sie die Probleme ihrer Region am besten kennen und bewerten können. Ein großer Teil der EU-Mittel fließt heute in die Agrarförderung, während andere Entwicklungschancen vernachlässigt werden. Das muss geändert werden.
8. Die Mittel aus der Agrarförderung müssen für die lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe eingesetzt werden. Die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum verlangt eine Diversifizierung der Wirtschaft. Sie gibt den Menschen eine ökonomische Perspektive. Alle Mittel für die ländliche Entwicklung müssen daher zu gleichen Teilen für die Stärkung der Land- und Forstwirtschaft und die weitere ländliche Entwicklung verwendet werden können. Bund und Länder müssen die Möglichkeiten der EU-Verordnung zur ländlichen Entwicklung nutzen und mindestens 500 Millionen Euro jährlich für die Steigerung der Lebensqualität ländlicher Räume verwenden.

DStGB  
DOKUMENTATION N° 59



**DStGB**

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

Marienstraße 6 · 12207 Berlin  
Telefon 030.773 07.0 · Telefax 030.773 07.200  
E-Mail [dstgb@dstgb.de](mailto:dstgb@dstgb.de)  
[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

Verlag WINKLER & STENZEL GmbH  
Postfach 1207 · 30928 Burgwedel  
Telefon 05139.8999.0 · Telefax 05139.8999.50  
E-Mail [info@winkler-stenzel.de](mailto:info@winkler-stenzel.de)  
[www.winkler-stenzel.de](http://www.winkler-stenzel.de)